

## Schwerpunkt Erster Sitzungstag im Juni-Landtag

## Staat als Vorbild bei Energiewende: Landtag hätte gerne mehr Tempo

**Postulatsbeantwortung** Beim Ausbau und der Aufrüstung von Photovoltaik (PV) bei den staatlichen Gebäuden kann es für den Landtag nicht schnell genug gehen. Die Infrastrukturministerin musste den guten Willen aber einbremsen.

VON HANNES MATT

Die FBP-Fraktion wollte wissen, welche Massnahmen das Land ergreift, um seine Vorbildfunktion für klimafreundliches Bauen zu erfüllen. Im November wurde das Postulat überwiesen. Zwischenzeitlich hat der Ukrainekrieg die Dringlichkeit des Themas rund um die Energiewende nochmals gewaltig zugespitzt. In der Beantwortung des Vorstosses unterstrich die Regierung ihre Vorbildfunktion und zeigte auf, wie es um die Nachhaltigkeit der 66 staatlichen Bauten bestellt ist. So würden gerade in Bezug auf die Emission von Treibhausgasen die älteren Bestandsbauten dominieren, die teilweise noch fossil mit Gas und Öl beheizt werden. Dass es der Regierung gelungen ist, hier einen Absenkpfad auszuarbeiten, darüber zeigte sich der FBP-Abgeordnete Sebastian Gassner glücklich: «Ebenso dass wir uns schon bald über einen PV-Ausbau auf 18 weiteren Gebäuden freuen dürfen.» Die einen äusserten sich mit den Fortschritten und der Postulatsbeantwortung durch die Regierung zufrieden, andere weniger. «Der Leistungsausweis im Bericht ist ernüchternd», befand etwa Nadine Vogelgang (FBP). «Der Staat hat die Vorbildfunktion lange zu wenig wahrgenommen.» Seit dem FBP-Postulat tue sich jedoch etwas. Auch Patrick Risch (FL) hatte Ähnliches bemerkt. «Derzeit überschlagen sich die Neuigkeiten über die Ambitionen der Regierung. Die sind sogar noch grösser als diejenigen der gerne als «linksradikal» bezeichneten Freien Liste», so der Freie-Liste-Abgeordnete. «Wir werden aber gerne überholt.»

#### Was für Gebäude sind es?

Insbesondere die PV-Nutzung für die Landesbauten stand im Fokus der



Infrastrukturministerin Graziella Marok-Wachter im Juni-Landtag.

Behandlung der Postulatsbeantwortung. Der Tenor: Der eingeschlagene Weg ist richtig, aber warum drückt man nicht noch mehr aufs Gaspedal? So liessen zahlreiche Abgeordnete durchblicken, dass sie sehr offen seien, auch die entsprechenden Gelder für eine nachträgliche Aufrüstung der bestehenden Bauten und Projekte des Landes zu sprechen. Zu reden gab deshalb insbesondere, dass von den 66 Gebäuden in Landesbesitz gemäss Postulatsbeantwortung 48 gar nicht oder nur mittel- bis langfristig für eine PV-Anlage auf dem Dach als geeignet angesehen werden. Eine PV-Fassadenanlage sei demnach wiederum nur bei zwei Ge-

bäuden sinnvoll, wobei sich Wendelin Lampert (FBP) besonders energisch für mehr PV an Fassaden einsetzte.

Weiter wünschten sich die Abgeordneten auch mehr Informationen, um welche Bauten es sich konkret handelt und welche Indikatoren hier bemessen wurden. «Ich habe kein Verständnis für die Geheimniskrämerei», forderte Sebastian Gassner die zuständige Regierungsrätin Graziella Marok-Wachter heraus. «Trauen Sie sich nicht, eine Liste dazu herauszugeben?» Das liess die Infrastrukturministerin aber nicht auf sich sitzen - «ich habe nichts zu verbergen» - und versprach dem Land-

tag, eine entsprechende Liste in geeigneter Form vorlegen zu wollen. Bereits wissen liess sie, dass es sich bei den zwei Gebäuden, die für eine PV-Fassadenanlage geeignet sind, um die Weiterführende Schule in Triesen und das SZU 1 in Eschen handle. Weiter verriet Graziella Marok-Wachter, dass ihr Ministerium daran arbeite, für das Land einen eigenen Standard bei staatlichen Bauten zu entwickeln. Dabei würde sie auch noch die heutigen Voten einarbeiten.

Den Vorwurf, dass die Regierung ihrer Vorbildfunktion nicht genügend nachkomme, wies Marok-Wachter vehement ab: Einfach so drauflos zu bauen, gehe nicht so einfach. Schliesslich seien alle Staatsgebäude Unikate - vom historischen Regierungsgebäude, über Schulhäuser bis hin zu WC-Anlagen: Es brauche für einen Ausbau jeweils eine detaillierte Abklärung sprich Einzelstudien. Das sei in kurzer Zeit aufgrund der knappen personellen Ressourcen nicht möglich. Hinzu kämen die derzeitigen Lieferprobleme für PV-Anlagen. «Die Postulatsbeantwortung ist aber nicht der Weisheit letzter Schluss. Wir werden auch die als ungeeignet bezeichneten Gebäude in zweiter Priorität nochmals prüfen - ebenfalls jene im Ausland», wie die Ministerin versprach. PV-Anlagen an Fassaden seien indes bei Neubauten natürlich möglich, sie nachträglich anzubringen aufgrund der Vorlaufzeiten jedoch schwieriger.

#### Fehler bei Urheberrecht

Am Schluss räumte Ministerin Graziella Marok-Wachter noch einen Fehler in der Postulatsbeantwortung ein, der im Landtag ebenfalls viel zu reden gegeben hatte. So hiess es im Regierungsbericht, dass eine weitere Limitation sich dadurch ergebe, «dass die Resultate eines Architekturwettbewerbs urheber-



rechtlich geschützt sind, was Anpassungen an einem prämierten Projekt nach Abschluss eines Architekturwettbewerbs weiter erschwert. Man müsste bei der Errichtung einer PV-Anlage an der Fassade entsprechende Gebäude also erst den Architekten fragen. Das sei aber bereits in der letzten Legislatur angepasst worden, wie die Regierungsrätin noch nachbesserte: «Eine solche Klausel haben wir nicht mehr.» Regierungschef Daniel Risch bekräftigte dies: «Es war uns damals wichtig, dass in Sachen Urheberrecht dem Land die Flexibilität gewahrt bleibt.»

## Landtag hat es mit Privatisierung der Telecom nicht eilig

**Interpellation** So richtig verwehrt sich niemand einer Privatisierung von Post und Telecom. Der Zeitpunkt müsse aber klug gewählt werden - vorerst bleibt also alles beim Alten.

VON DANIELA FRITZ

Im Rahmen einer Interpellation liess die FBP diverse Fragen zu den staatlichen Aktivitäten im Telekommunikations- und Postmarkt abklären - insbesondere, ob eine Privatisierung dieser beiden Bereiche sinnvoll wäre. Schliesslich erkannte schon die Stiftung Zukunft.li in einer Studie zum «Service Public» Reformbedarf. Wie Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni am Mittwoch im Landtag ausführte, versperre man sich dem nicht. Schon in der Interpellationsbeantwortung signalisierte die Regierung Offenheit. Bezüglich der Telecom hätten sogar schon Gespräche mit potenziellen Käufern stattgefunden, die aber gescheitert

seien. «Wir sind aber der Meinung, dass eine Privatisierung zum jetzigen Zeitpunkt nicht richtig wäre», so Monauni. Die Telecom befinde sich derzeit in einem Transformationsprozess, der zuerst abgeschlossen werden sollte. Sie bezweifelte zudem den Nutzen einer Privatisierung, da sowohl die Post als auch die Telecom gute Prognosen hätten. Das sah der VU-Abgeordnete Mario Wohlwend ähnlich, eine Privatisierung zum jetzigen Zeitpunkt sei ein «Unding». Er fürchtete, dass die Telecom aufgrund des laufenden Transformationsprozesses derzeit wohl unter Wert verkauft werden müsste. Auch sein Parteikollege Thomas Vogt sieht für einen Verkauf der beiden Staatsbetriebe derzeit keine Dringlichkeit. «Sollte die Telecom in die Lage kommen, dass sie ihren Grundversorgungsauftrag nicht mehr kostendeckend erfüllen kann, müsste man sich damit wieder intensiver beschäftigen», so Vogt. Die systemrelevante Infrastruktur müsse seiner Meinung nach aber in jedem Fall in staatlicher Hand bleiben, um Abhängigkeiten von Privaten zu verhindern.

«Was von der Privatwirtschaft erbracht werden kann, soll auch von der Privatwirtschaft erbracht werden.»

THOMAS HASLER  
FBP-ABGEORDNETER



Über die Privatisierung nachdenken soll erlaubt sein: Sascha Quaderer (FBP).

«Nur, weil aktuell keine drängenden Probleme vorhanden sind, ist das kein Grund, nicht über eine Privatisierung nachzudenken», fand hingegen der FBP-Abgeordnete Sascha Quaderer vor allem in Bezug auf die Telecom. Das Unternehmen sei ausschliesslich in liberalisierten Märkten tätig, in denen es auch andere Anbieter gebe. Er könne daher

kein Marktversagen erkennen, dass staatliche Eingriffe nötig macht. Dieses Argument führte auch Thomas Hasler (FBP) in seinem Votum an. Weil Netz und Betrieb im Telekommunikationsbereich getrennt sind, seien die Markteintrittsbarrieren relativ gering. Die Liechtensteiner profitieren so von tiefen Preisen und einer guten Qualität, aber ei-

nen staatlichen Mitbewerber bräuchte es dafür nicht. Weniger Handlungsbedarf erkannte Hasler im Postmarkt. Er merkte aber an, dass durch die digitale Kommunikation zunehmend Umsätze im Kerngeschäft wegfallen. Öffentlich-rechtliche Unternehmen müssten den Service Public sicherstellen. Der FBP-Abgeordnete sprach sich aber grundsätzlich dafür aus, privates Unternehmertum zu stärken: «Was von der Privatwirtschaft erbracht werden kann, soll auch von der Privatwirtschaft erbracht werden.»

#### Was fällt unter Grundversorgung?

Thomas Vogt regte an, den Grundversorgungsauftrag regelmässig zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Schliesslich befänden sich sowohl die Post als auch die Telecom aufgrund des technologischen Wandels in einem schnelllebigen Umfeld mit sich änderndem Kundenverhalten. Wirtschaftsministerin Sabine Monauni erklärte, dass dies auch laufend gemacht werde. Es gebe keine klare Definition des Grundversorgungsauftrags, da sich dieser nach den Bedürfnissen der Bevölkerung richte. Die Regierung setze in der Eignungsvereinbarung die entsprechenden Leitplanken.